

Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Präsidialabteilung

GZ PräS - 33.00-23/92-1

Graz, am 15. Sep. 1992

Ggst Entwurf einer Vereinbarung gemäß  
Art.15a B-VG über den Zugang zu  
Informationen über die Umwelt;  
Begutachtung.

Bearbeiter: Fr.Dr.Ebner-Vogl  
Tel.: (0316)877/2428 od.  
2671 od. 2913 DW  
Telefax: (0316)877/4395  
DVR: 0087122

1. Dem Präsidium des Nationalrates  
Dr.Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien;  
(mit 25 Abdrucken);
2. dem Büro des Bundesministers für  
Föderalismus und Verwaltungsreform  
Minoritenplatz 3, 1010 Wien;
3. allen steirischen Mitgliedern des Nationalrates;
4. allen steirischen Mitgliedern des Bundesrates;
5. allen Ämtern der Landesregierungen  
(Landesamtsdirektion);
6. der Verbindungsstelle der Bundesländer beim  
Amt der NÖ Landesregierung  
Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

SETZENTW  
132-GE/10 PR  
Datum: 17. SEP. 1992  
23. Okt. 1992 New

*Sanromp*

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Der Landeshauptmann

(Dr. Josef Krainer)





AMT DER  
STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG

8011 Graz, Landesregierung - Präsidialabteilung

An das  
Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie

Untere Donaustraße 11  
1020 Wien

GZ PräS - 33.00-23/92-1

Ggst Entwurf einer Vereinbarung gemäß  
Art.15a B-VG über den Zugang zu  
Informationen über die Umwelt;  
Begutachtung.

Bezug: Zl. 14 4761/61-II/5/92

Präsidialabteilung

8011 Graz, Hofgasse 15

DVR 0087122

Bearbeiter Fr.Dr.Ebner-Vogl

Telefon DW (0316) 877 / 2913

Telex 311838 lrggr

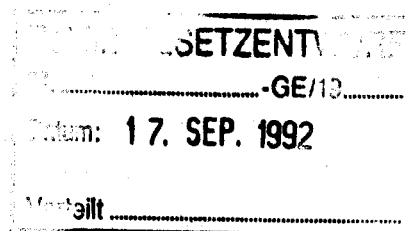
Telefax (0316) 877 / 2339

Parteienverkehr

Montag bis Freitag 8 bis 12 Uhr

Bitte in der Antwort das Geschäftszeichen (GZ)  
dieses Schreibens anführen

Graz, am 15. Sep. 1992



Der vorliegende Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über den Zugang zu Informationen über die Umwelt wird von der Steiermärkischen Landesregierung begrüßt.

Von den seitens der Steiermark erfolgten Anregungen zum Umweltinformationsgesetz wurden bis auf einen Punkt alle in der gegenständlichen Vereinbarung berücksichtigt.

Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß es auch wünschenswert wäre, wenn die Mitteilungsschranken des Art.4 Abs.2 dadurch ergänzt würden, daß auch Mitteilungen über bereits gemäß Art.7 veröffentlichte Umweltdaten unterbleiben können.

Darüber hinaus sollte analog dem Auskunftspflichtgesetz über Berufungen gegen Bescheide gemäß Art.6 Z.1 sowie über Beschwerden von Betroffenen gemäß Art.5 Z.2 nicht von den Unabhängigen Verwaltungssenaten der Länder, sondern vom Verwaltungsgerichtshof entschieden werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden unter einem 25 Abdrucke dieser Stellungnahme unmittelbar zugeleitet.

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Der Landeshauptmann

(Dr. Josef Krainer)

